

Der Mindestlohn – Zwischenbilanz aus gewerkschaftspolitischer Sicht

Oldenburg, Juni 2016

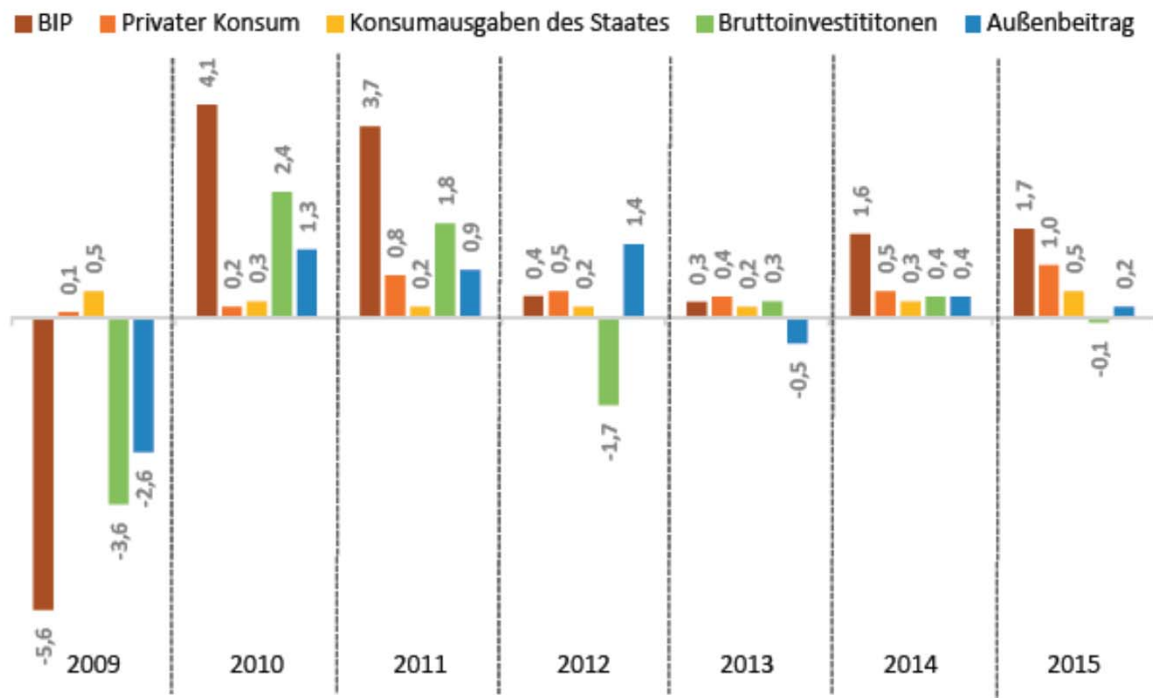
Lars Niggemeyer

Gliederung

- Löhne als Wachstums- und Beschäftigungsfaktor
- Nachlassende Bindewirkung von Tarifverträgen
- Druck auf Gewerkschaften durch ökonomische und politische Rahmenbedingungen
- Neue Ordnung der Arbeit und Vollbeschäftigungspolitik

Löhne als Wachstumsfaktor

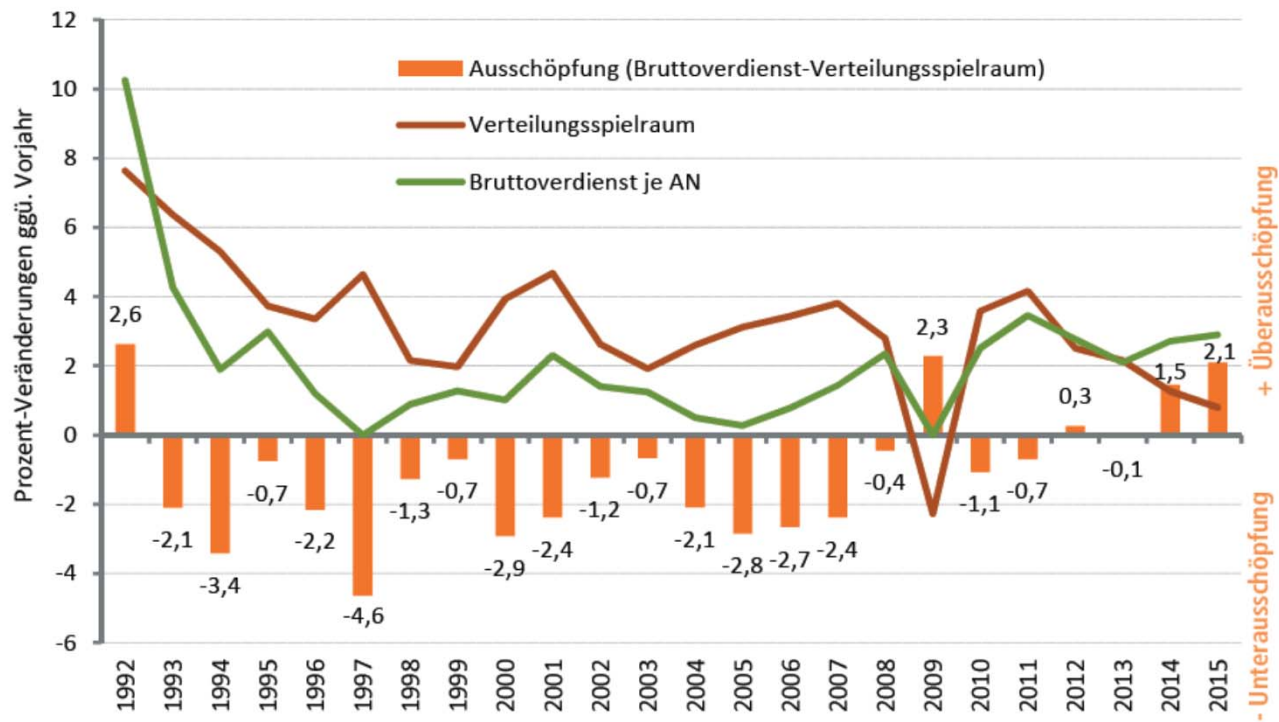
Abbildung 1.1: Wachstumsbeiträge der BIP-Komponenten (preisbereinigt)



Quelle: StBA-VGR, Erste Jahresergebnisse 2015.

Aufholbedarf bei Löhnen

Abbildung 2.3: Ausschöpfung des gesamtwirtschaftlichen Verteilungsspielraums

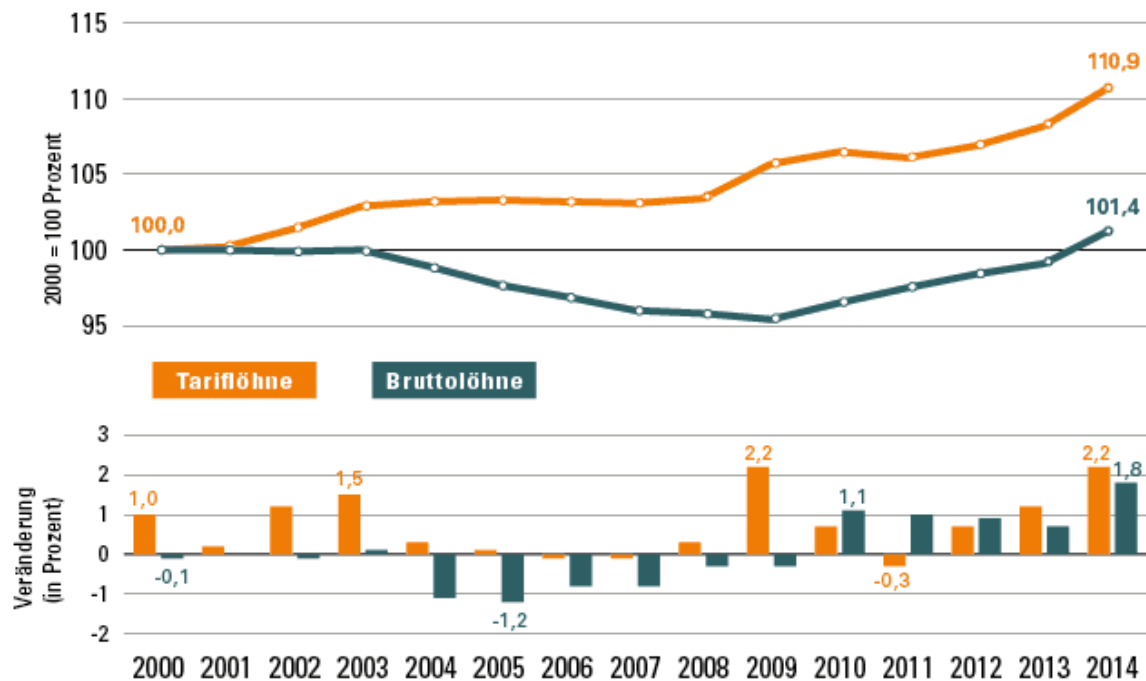


Quelle: StBA-VGR Erste Jahresergebnisse 2015; eigene Berechnungen.

Die „Lohndrift“

Reale Tariflöhne und reale Bruttolöhne in Deutschland, 2000–2014

Reale Tarifvergütungen und reale Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer/-in
Jährliche Veränderungen (in Prozent)

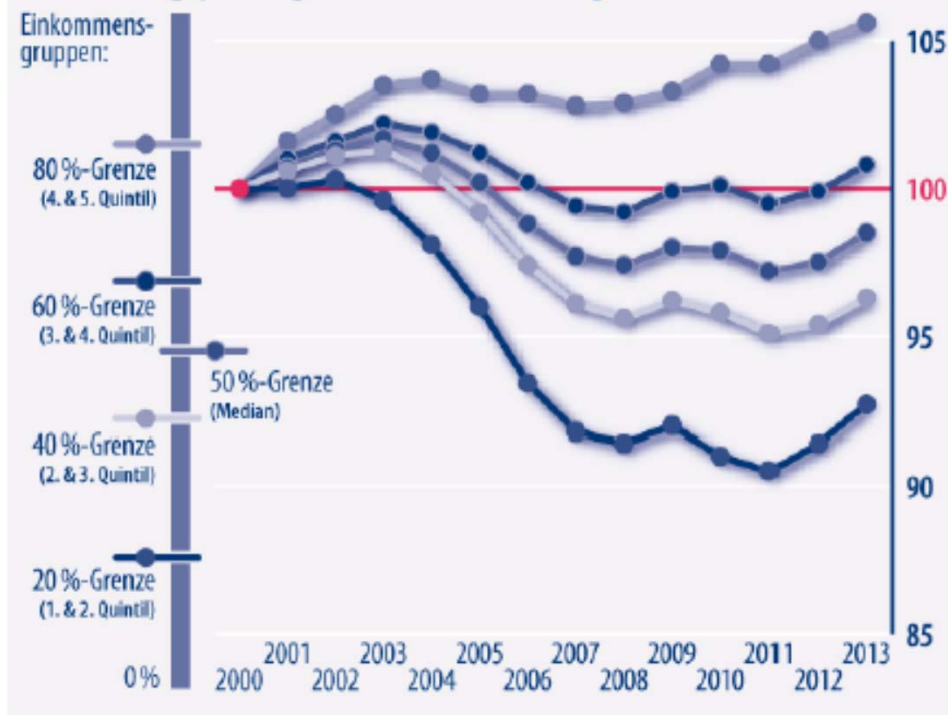


Daten: WSI-Tarifarchiv, VGR
Quelle: www.destatis.de, WSI-Tarifarchiv

Mittel- und Unterschicht komplett abgehängt

Bruttoarbeitsentgelte

Entwicklung der Bruttoarbeitsentgelte (Realwerte) von sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten von 2000 bis 2013.



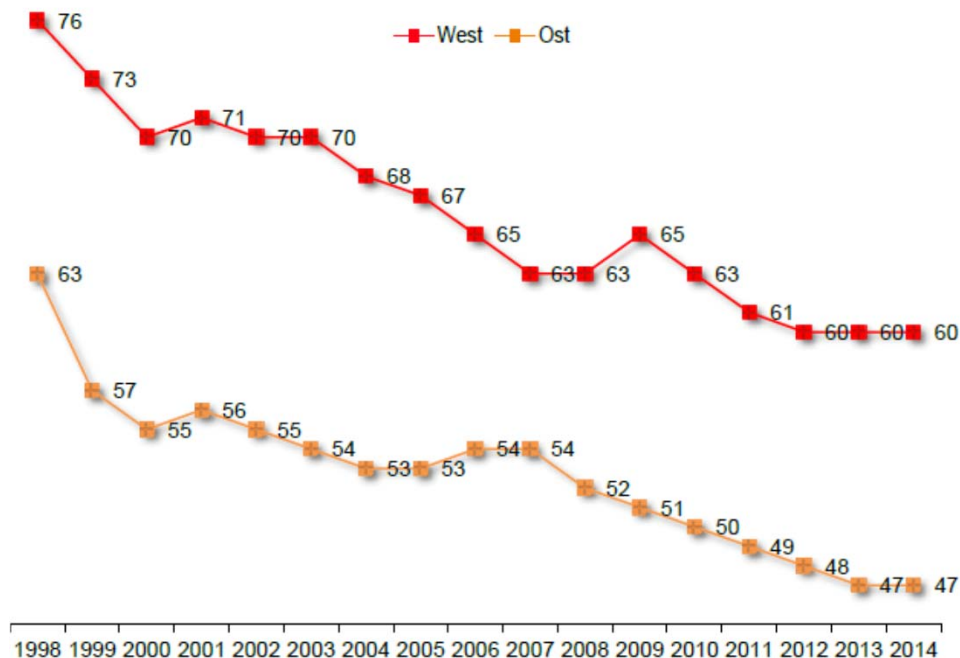
Quelle: Bundesagentur für Arbeit und eigene Berechnungen; die Datenreihen sind nur bis 2013 verfügbar.

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2016

Schwächung von Gewerkschaften

DGB

Tarifbindung 1998 - 2014
- Beschäftigte in % -



Quelle: IAB-Betriebspanel.

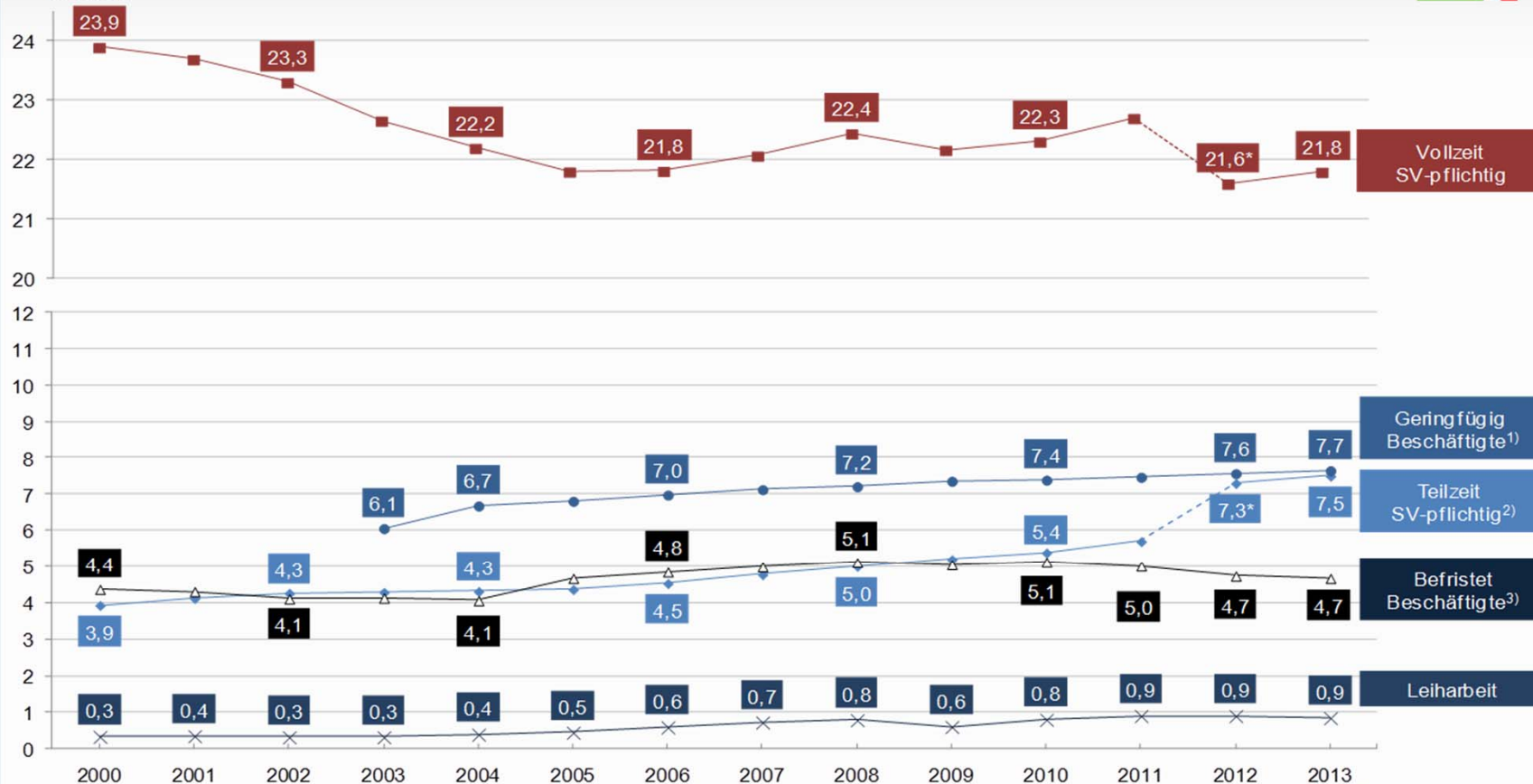
WSI
Tarifarchiv

"Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt."

Gerhard Schröder vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos am 28. Januar 2005.

Prekäre Beschäftigung nimmt zu

■ **Abhängig Beschäftigte in Vollzeitarbeit und in atypischen Erwerbsformen 2000 - 2013**
in Mio.¹⁾



¹⁾ ab 2012 neues Erhebungsverfahren der BA, Zahlen mit den Vorjahren nur bedingt vergleichbar
²⁾ geringfügig Haupt- u. Nebenbeschäftigte ³⁾ inkl. Beschäftigte in Ausbildungsverhältnissen
 Quelle: Bundesagentur für Arbeit (zuletzt 2015), Beschäftigtenstatistik - Statistisches Bundesamt (zuletzt 2014), Mikrozensus



Deutschland Schlusslicht bei der Lohnentwicklung in der EU

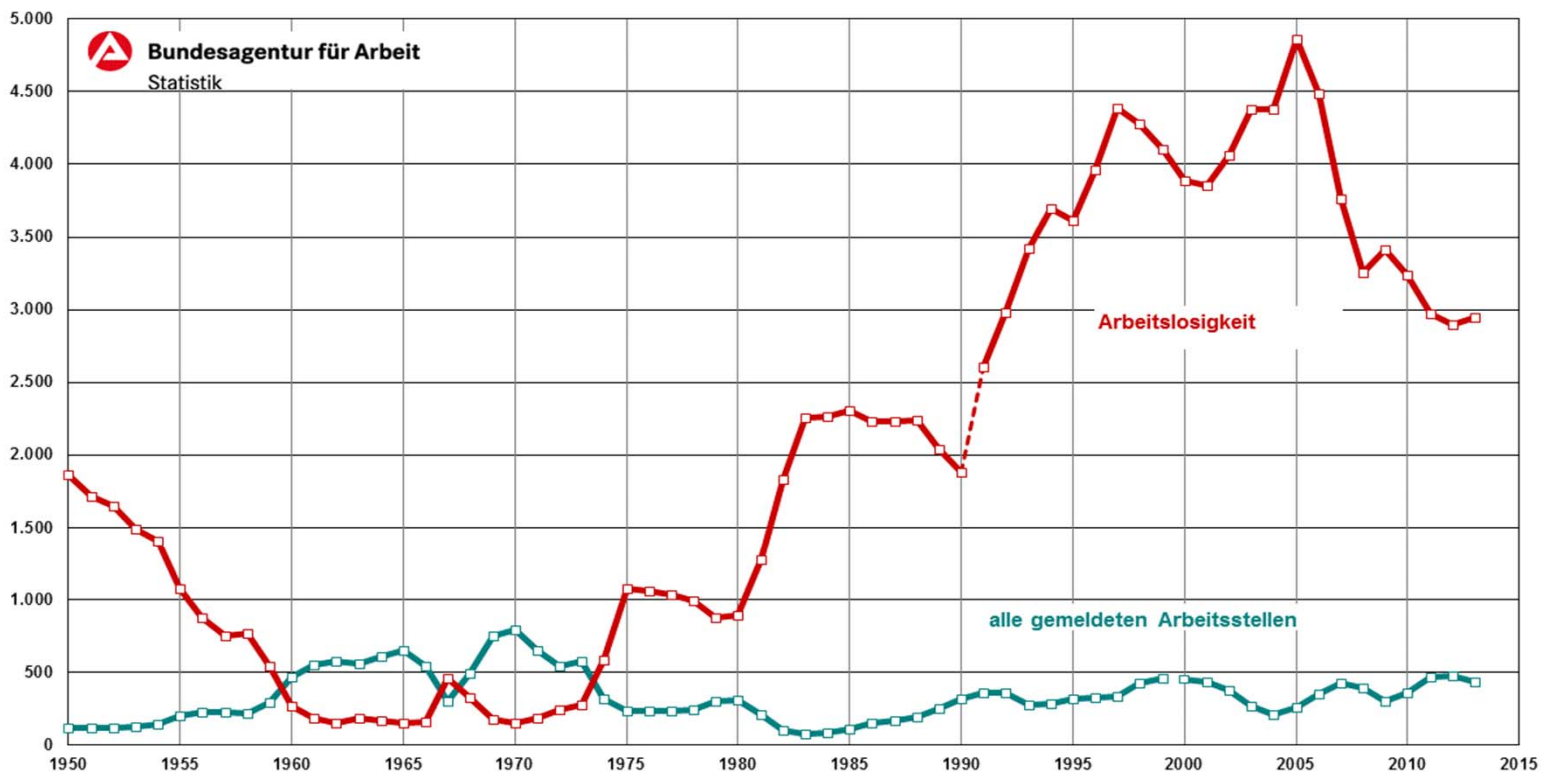


Jährliche Zunahme der Lohnstückkosten 2000 – 2014:

- Deutschland: 1,0%
- Euroraum: 1,7%
- Ziel der EZB: 1,9%

Angebot übersteigt seit 40 Jahren Nachfrage am Arbeitsmarkt deutlich

Der BA gemeldeten Arbeitsstellen und Arbeitslosigkeit in Deutschland ¹⁾
- in Tausend -



¹⁾ bis 1990 Bundesgebiet West mit West-Berlin, bis 1958 ohne Saarland; ab 1991 Deutschland; ab 2000 nur ungeforderte Arbeitsstellen

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Durchsetzung des Mindestlohnes



- DGB Mindestlohnhotline: 12.400 Anrufe in 2015 belegen zahlreiche Verstöße (Zunahme unbezahlter Arbeitszeit bei Minijobbern, Bereitschafts- und Wartezeiten werden nicht mehr als Arbeitszeiten gerechnet, keine Bezahlung von Urlaubstagen)
- Kontrollen durch den Zoll sind in 2015 zurückgegangen!
- Auseinandersetzung um Dokumentationspflicht im Frühjahr 2015 legte kriminelle Absichten vieler Arbeitgeber offen

Durchsetzung des Mindestlohnes - Forderungen



- Verbandsklagerecht einführen
- Mehr Personal bei FSK – versprochene Aufstockung ist ausgeblieben, nötig sind 10.000 Stellen statt 6.700
- Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften zur Unterstützung des Zolls einrichten
- Gewerbeaufsicht muss viel stärker Arbeitszeiten überprüfen, massive Personalaufstockung nötig

Neue Ordnung der Arbeit

- Nicht nur Mindestlohn von 8,50 Euro sondern mehr allgemeinverbindliche Tarifverträge notwendig
- Regulierung der Leiharbeit (equal pay ab dem ersten Einsatztag, Wiedereinführung des Synchronisationsverbotes, Begrenzung der Überlassungshöchstdauer, Verbot des Einsatzes von Leiharbeitnehmern in Betrieben, die bestreikt werden)
- Eindämmung des Mißbrauchs von Werkverträgen
- Sozialversicherungspflicht für alle Formen abhängiger Beschäftigung (auch Mini-Jobs)
- Schluss mit der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverhältnissen

Alternativen für Vollbeschäftigung

- Antizyklische Konjunkturpolitik um privaten Nachfrageausfall zu kompensieren: „Marshallplan“ für Europa
- Mehr öffentliche Investitionen, insb. Ausbau des staatlichen Sektors: Mehr Beschäftigung im Bereich der öffentlichen, sozialen Dienstleistungen durch Investitionen in den Bereichen Bildung, Erziehung, Gesundheit, Pflege
In Dänemark und Schweden liegt der Anteil der öffentlichen Beschäftigung mehr als doppelt so hoch wie in Deutschland
- Arbeitszeitverkürzung bei den Vollzeitbeschäftigten – somit können Arbeitlose und unfreiwillig Teilzeitbeschäftigte ihre Arbeitszeit ausweiten (Modell Kurzarbeit!)

Bereits heute liegt die tatsächliche Wochenarbeitszeit aller Beschäftigten bei 30 Stunden / Woche – allerdings sehr ungleich verteilt